



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 44
04.11.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>GMS</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD bei 22 %
----------------	--

Wirtschaft:	Langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	--

Weltpolitische Lage:	Sorge um Weltfrieden geht leicht zurück Lage in Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	--

Wichtigste Themen:	Präsidentchaftswahl in den USA/Vorwahlen Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	GMS²	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	34 (-1)	34 (-)	33 (-1)	33 (-)
SPD	22 (-)	22 (-1)	22 (+1)	22 (-)
FDP	7 (+1)	5 (-)	7 (-)	6 (-)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)	11 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	11 (-)	11 (-)	11 (-1)	12 (+1)
AfD	11 (-1)	12 (-)	12 (-1)	13 (-1)
Sonstige	5 (-)	6 (+1)	4 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.	27.10.-02.11.	27.10.-02.11.	31.10.-02.11.

Die Union liegt bei forsa 12 (-1), bei Emnid 12 (+1), bei GMS 11 (-2) und bei infratest dimap 11 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	48 (+1)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (+1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

87 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-2) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (+2) für Merkel und 7 % (-) für Gabriel entscheiden.

40 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 32 % (-2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (06.11.2016)

² im Vergleich zur KW 41

³ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 40

Problemlösungskompetenz

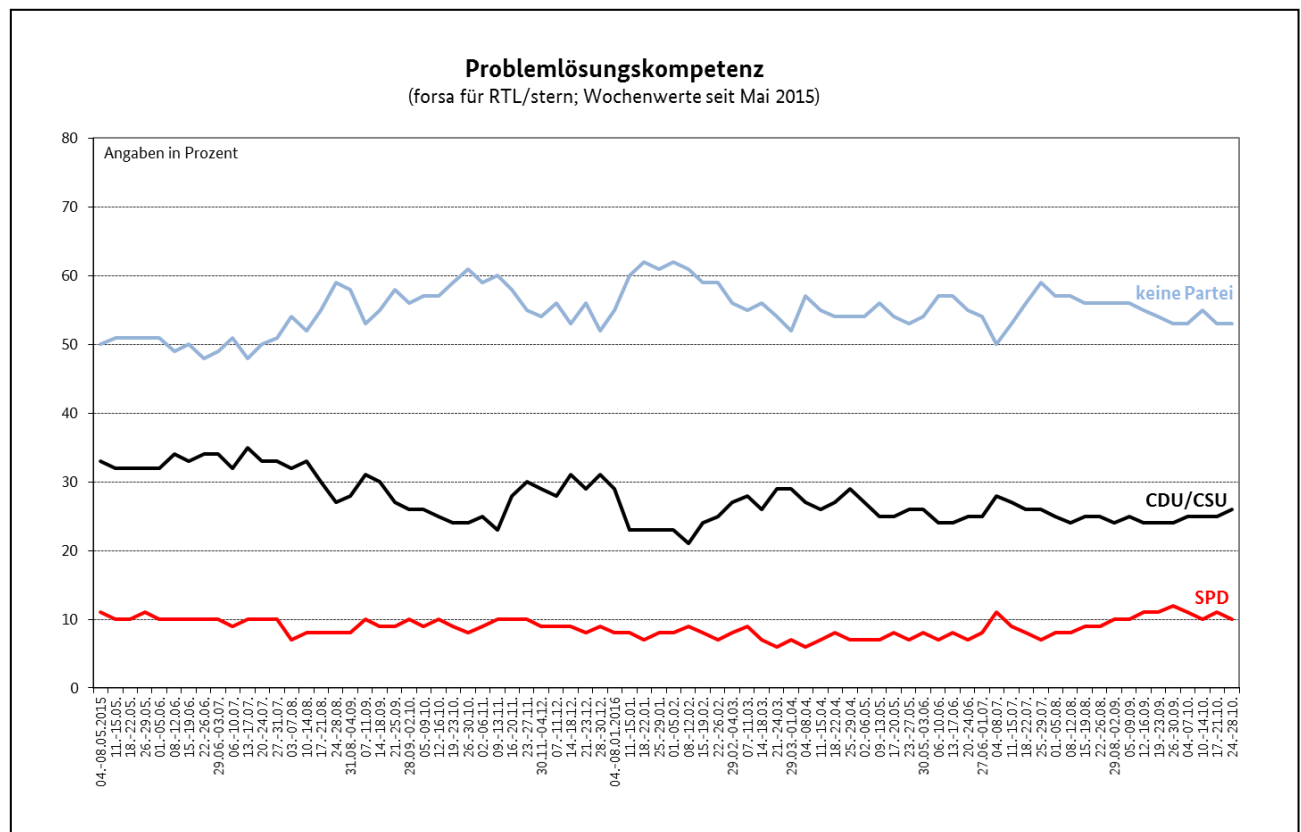
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	26 (+1)	
SPD	10 (-1)	
sonstige Parteien	11 (-)	
keine Partei	53 (-)	
Erhebungszeitraum	24.-28.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

67 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 41 % (+1) von ihrer Partei.



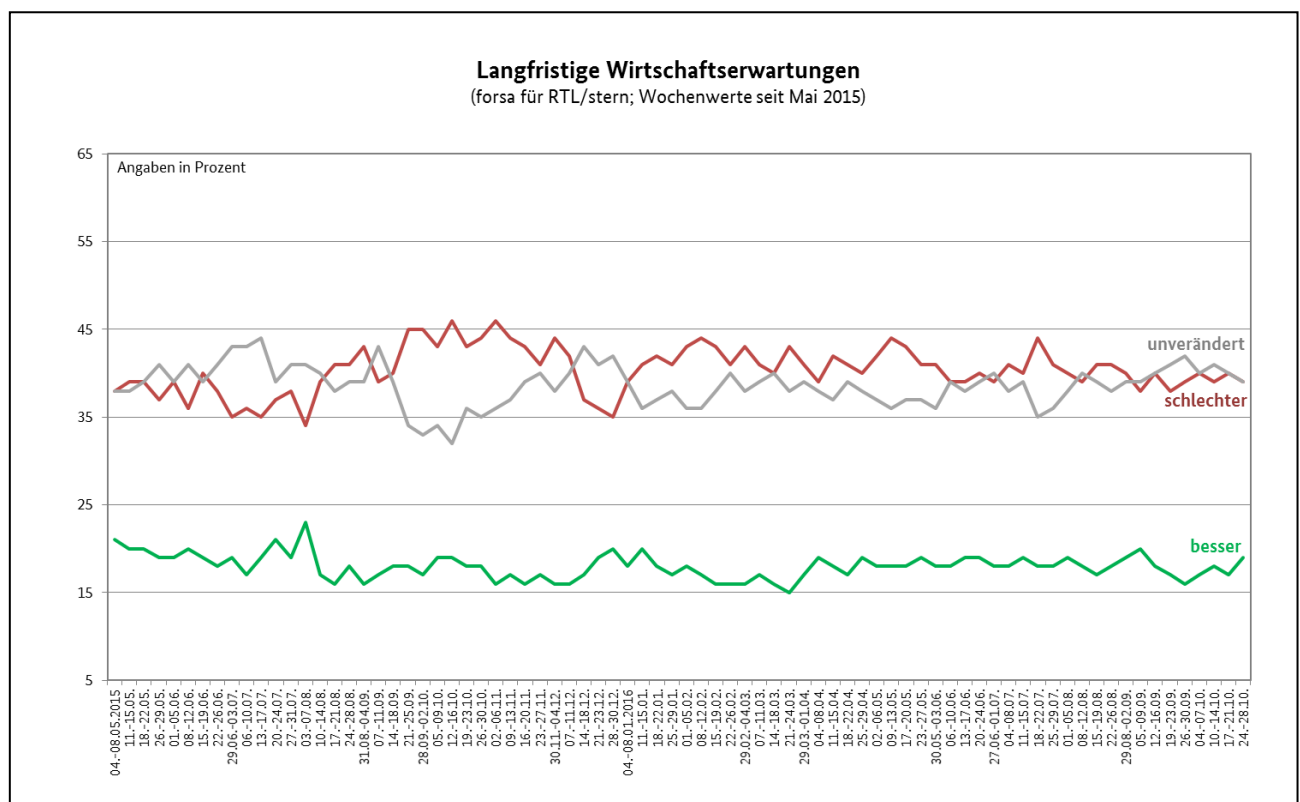
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	19	(+2)
schlechter	39	(-1)
unverändert	39	(-1)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 20 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA	
sehr große	14	(-)
große	46	(-4)
wenig	32	(+4)
keine	7	(-1)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.	

45- bis 59-Jährige (67 %) sowie Anhänger der Linkspartei (76 %), der AfD (68 %), der Grünen (66 %) und der FDP (65 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 54 %).

Unter 30-Jährige (56 %) und Anhänger der Union (48 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA	
Syrien	23	(-3)
Islamischer Staat (IS)	13	(+5)
Russland	12	(-)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11	(-2)
Naher Osten, arabische Länder	10	(+1)
USA	10	(+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	9	(+2)
Ukraine	6	(+1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	4	(-)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Syrien die größte Gefahr für Deutschland.

30- bis 44-Jährige (28 %) sowie die Anhänger aller Parteien außer der AfD nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland (Linkspartei: 31 %, FDP: 29 %, Union und SPD: jew. 28 %, Grüne: 27 %, AfD: 15 %). Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (27 % zu 14 %) und Gutverdiener sowie Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (29 % zu 16 %).

Für Ostdeutsche (18 %) geht von der Terrorgruppe IS überdurchschnittlich oft die größte Gefahr für Deutschland aus.

Für Anhänger der AfD (24 %) droht die größte Gefahr für Deutschland von den Flüchtlingsbewegungen.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	30 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	13 (+3)
Deutschland tut bereits genug	55 (-4)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.

Gutverdiener (39 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der Linkspartei (50 %), der FDP (47 %) und der Grünen (36 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (23 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (62 %), über 60-Jährige (61 %) und Frauen (60 %) sowie Anhänger der Union (64 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 41

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40 (-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	39 (+3)
Erhebungszeitraum	24.-28.10.

Ostdeutsche, 45- bis 59-Jährige (jew. 50 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (48 %) sowie Anhänger der AfD (49 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (39 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (47 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (45 %) sowie Anhänger der Union (50 %), der Grünen (46 %) und der FDP (45 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Präsidentschaftswahl in den USA/Vorwahlen	22 (+11)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	22 (-14)
Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP, CETA	10 (-4)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	8 (+5)
Umwelt- und Naturkatastrophen: Erdbeben in Italien	7 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (-1)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	5 (-1)
Erhebungszeitraum	31.10.-02.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit zwei Themen: der Präsidentschaftswahl in den USA und den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Die Präsidentschaftswahl in den USA wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Grünen (38 %) und der FDP (35 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (26 % zu 12 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (27 % zu 14 %). Ost-deutsche (15 %) und Anhänger der AfD (13 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der AfD (47 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. Anhänger der Union (16 %) und der Grünen (17 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.

